

INHALTSVERZEICHNIS

Schrifttumsverzeichnis	XIII
Abkürzungsverzeichnis	XXIV
 KAPITEL 1: EINLEITUNG.....	 1
A. Entwicklung des intendierten Verwaltungsermessens.....	1
B. Begriff des intendierten Verwaltungsermessens	3
C. Der Gang der Untersuchung	5
 KAPITEL 2: FÄLLE DES INTENDIERTEN VERWALTUNGSERMES- SENS IN RECHTSPRECHUNG UND LITERATUR	 7
A. Das gefahrenabwehrrechtliche Einschreiten gegen rechtswidrige Zu- stände	7
I. Baurechtliche Ordnungsverfügungen	8
II. Gewerberechtliche Untersagungs- und Schließungsverfügungen... ..	10
III. Einzelne Eingriffsermächtigungen aus dem Bereich des Gefahren- abwehrrechts	12
IV. Die polizei- und ordnungsrechtlichen Generalklauseln	15
B. Begünstigende Verwaltungsakte mit Ausnahmecharakter	18
I. Versagung einer bauordnungsrechtlichen Ausnahmegenehmigung ..	18
II. Versagung einer Wohnberechtigungsbescheinigung.....	19
III. Ablehnung eines Auskunftsbegehrens nach den Datenschutzge- setzen	20
IV. Versagung einer Zweckentfremdungsgenehmigung für Wohn- raum	22
V. Versagung einer straßenverkehrsrechtlichen Ausnahmegenehmi- gung	23

VI.	§ 135 Abs. 5 Satz 1 BBauG	26
VII.	Versagung der Einsicht in Personalakten außerhalb der aktenführenden Stelle	27
VIII.	§ 26 Abs. 1 Satz 2 BSHG	27
IX.	§ 27 Abs. 2 BVFG.....	28
X.	§ 46 Abs. 3 SchulG Mecklenburg-Vorpommern	28
C.	Durchsetzung staatlicher Ansprüche auf Geldleistungen	29
I.	Grundsätzliches am Beispiel des § 84 Abs. 1 AuslG.....	29
II.	Kostenerstattung bei unmittelbarer Ausführung und Ersatzvornahme im Ordnungsrecht	30
D.	Auswahl unter Gesamtschuldnern.....	32
E.	Die Aufhebung von Verwaltungsakten.....	34
I.	§ 48 Abs. 1 Satz 1 VwVfG.....	34
II.	§ 48 Abs. 2 Satz 4 VwVfG.....	35
III.	§ 49 Abs. 2 Satz 1 Nrn. 1 - 5 VwVfG	36
IV.	§ 49 Abs. 3 Satz 1 Nrn. 1 und 2 VwVfG	39
V.	§ 49a Abs. 4 VwVfG.....	41
VI.	§ 45 Abs. 2 SGB X.....	42
VII.	§ 102b Abs. 2 Nr. 8 GüKG a.F.	45
F.	Die Entlassung eines Beamten auf Probe	47
G.	Sonstige Fälle	48
I.	Unterschutzstellung eines Kulturdenkmals.....	48
II.	§ 4 Abs. 1 Satz 1 ZDG	49
III.	Überleitung von Unterhaltsansprüchen nach §§ 90, 91 BSHG	50
IV.	§ 31a Abs. 1 Satz 1 StVZO	50
V.	Bemessung von Geldleistungen nach § 25 Abs. 1 und Abs. 3 WoBindG.....	51
VI.	§ 129 Abs. 1 Satz 3 BauGB	51

KAPITEL 3: DOGMATISCHE HERLEITUNG UND EINORDNUNG..... 53

A.	Die Konzeption des intendierten Verwaltungsermessens.....	53
I.	Die Rechtfertigung des intendierten Verwaltungsermessens	53
1.	Das sogenannte freie bzw. offene Ermessen	53
2.	Die Notwendigkeit der Auslegung einer Ermessensvorschrift ...	60
3.	Die Funktion des intendierten Ermessens	61
II.	Die dogmatische Realisierung des intendierten Verwaltungsermessens	63
1.	Brücksichtigung der gesetzlichen Intention bei der Ermessensausübung	63
a)	<i>Die Entscheidungsfindung ohne die Figur des intendierten Ermessens</i>	63
b)	<i>Intendiertes Ermessen als Kriterium der Abwägung</i>	64
c)	<i>Kritik an der Einbeziehung des intendierten Ermessens in die Abwägung</i>	66
aa)	<i>Der Abwägungsvorgang bei der Ermessensausübung</i>	68
bb)	<i>Tatbestandliche Elemente des Abwägungsvorgangs</i>	70
2.	Intendiertes Ermessen als teleologische Korrektur einer Ermessensvorschrift	72
a)	<i>Die allgemeine Zulässigkeit von Auslegung und Rechtsfortbildung (aus verfassungsrechtlicher Sicht)</i>	73
b)	<i>Die Voraussetzungen der teleologischen Reduktion</i>	74
c)	<i>Die Voraussetzungen einer teleologisch begründeten Korrektur auf der Rechtsfolgenseite</i>	75
d)	<i>Das Tatbestandsmerkmal des Ausnahmefalles</i>	76
B.	Der Standort des intendierten Verwaltungsermessens im System der Ermessenslehre	78
I.	Ausdrückliche gesetzliche Ermessensbeschränkungen	79
1.	Die sogenannten Soll-Vorschriften	79
2.	Sonstige gesetzliche Vorgaben	82
a)	<i>Ausdrückliche Ermessensvorgaben</i>	82
b)	<i>Ziel- und Zweckvorgaben</i>	82
II.	Die Abgrenzung von der Ermessensreduzierung (auf Null)	83

1.	Begriff der Ermessensreduzierung (auf Null)	84
a)	<i>Die grundlegende Konzeption der Rechtsprechung</i>	84
aa)	<i>Voraussetzungen der Ermessensreduzierung</i>	84
bb)	<i>Ermessensreduzierende Faktoren</i>	85
cc)	<i>Folgen der Ermessensreduzierung</i>	88
b)	<i>Abweichende Ansichten</i>	89
2.	Die Unterschiede zwischen intendiertem Verwaltungsermessen und Ermessensreduzierung	91
a)	<i>Generell-abstrakte Reduzierung der Ermessensnorm und kon- krete Ausübung des Ermessens</i>	91
b)	<i>Vermeintliche Überschneidungen</i>	91
III.	Die sogenannten Koppelungsvorschriften	94
IV.	Die Behandlung von Kann- als Muß-Vorschriften	97

KAPITEL 4: GRUNDSÄTZLICHE KRITIK AN DER RECHTSFIGUR DES INTENDIERTEN VERWALTUNGSERMESSENS

A.	Kritik aus konzeptioneller Sicht	101
B.	Rechtsstaatliche Bedenken	103
I.	Eingriff in die gesetzliche Kompetenzverteilung	103
II.	Unterlaufen der gesetzlichen Rechtsfolgenanordnung	105
C.	Entwertung des Verwaltungsverfahrens	108
D.	Fehlende Eingrenzbarkeit des Anwendungsbereichs	111

KAPITEL 5: KRITERIEN FÜR DIE IDENTIFIZIERUNG INTENDIER- TEN VERWALTUNGSERMESSENS

A.	Der Ausgangspunkt	114
B.	Teleologische Kriterien	115
I.	Ermessenslenkung durch höherrangiges Recht	115
1.	Allgemeine Grundsätze	115

2.	Die Rücknahme gemeinschaftsrechtswidriger Subventionsbe- willigungen	116
II.	Ausnahme- und Dispensermessen	119
III.	Ermessen zwecks Verwirklichung des Opportunitätsprinzips oder anderer rein öffentlicher Interessen	121
IV.	Herstellung rechtmäßiger Zustände als Regelungszweck	124
V.	Fachrechtsspezifische und allgemeine Grundsätze	128
1.	Gesetzliche Zweckvorgaben	128
2.	Die haushaltsrechtlichen Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit	129
3.	Sonstige ermessenslenkende Grundsätze	132
C.	Normstrukturelle und gesetzessystematische Kriterien	133
I.	Keine erkennbare Einzelfallausrichtung	133
II.	Keine nur beispielhafte Benennung tatbestandlicher Voraus- setzungen	134
III.	Überschneidung von Wertungsentscheidungen auf Tatbestands- und Rechtsfolgende	135
IV.	Eng gefaßter Tatbestand und Vorwegnahme der Interessenab- wägung	137
V.	Alternative Tatbestandsmerkmale mit unterschiedlicher Zweck- richtung	138
D.	Der Ausnahmecharakter des intendierten Verwaltungsermessens	139

KAPITEL 6: RECHTSFOLGEN INTENDIERTEN VERWALTUNGS- ERMESSENS

A.	Entbehrlichkeit der Ermessensausübung und Charakter der Regel- fallentscheidung	140
B.	Auswirkungen auf das Verwaltungsverfahren im Vorfeld der Ent- scheidung	143
C.	Auswirkungen auf die Begründung der Entscheidung	146

D. Nichtigkeit, Heilung und Unbeachtlichkeit von Verfahrensfehlern ..	152
I. Mangelhafte Sachverhaltsermittlung	152
II. Unterlassene Anhörung Beteiligter	154
III. Fehlende Begründung	154
E. Das Nachschieben von Gründen im verwaltungsgerichtlichen Ver- fahren	155
 KAPITEL 7: ZUSAMMENFASSUNG DER WESENTLICHEN ERGEB- NISSE	159
A. Begriff und Anwendungsfelder	159
B. Dogmatische Herleitung	160
C. Standort und Abgrenzung	162
D. Zur Kritik	164
E. Voraussetzungen und Rechtsfolgen	165
 Lebenslauf	171